

Kriterien für eine quantifizierende Darstellung der sozialen Differenzierung einer historischen Gesellschaft: das Beispiel Göttingen 1760-1860

Saalfeld, Diedrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Saalfeld, D. (1977). Kriterien für eine quantifizierende Darstellung der sozialen Differenzierung einer historischen Gesellschaft: das Beispiel Göttingen 1760-1860. In H. Best, & R. Mann (Hrsg.), *Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung* (S. 65-87). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-325402>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kriterien für eine quantifizierende Darstellung der sozialen Differenzierung einer historischen Gesellschaft

- Das Beispiel Göttingen 1760 bis 1860.

Diedrich Saalfeld

1. Zielsetzung und Problematik
2. Das Quellenmaterial und die Arbeitsmethode
3. Diskussion ausgewählter Ergebnisse

1. Zielsetzung und Problematik

Der vorliegende Beitrag behandelt einen Teilaspekt einer umfassenden Untersuchung über "Die Wandlungen in der Sozialstruktur Göttingens in der Frühphase der Industrialisierung", die im Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt wurde.¹

Ziel der Untersuchung war, ein Schichtenmodell für die soziale Zuordnung des einzelnen, der Familie und - was sich vom Material her besonders anbot - der Haushalte in der betreffenden sozialen Umwelt zu entwickeln und nach den gewonnenen Kriterien die Wandlungen in der Sozialstruktur einer bestimmten, räumlich geschlossenen Gesellschaft in der Übergangsphase zum Industriezeitalter darzustellen. Da es sich um eine empirische Untersuchung handelte, war bei dem vorgegebenen zeitlichen Rahmen (1760 - 1860) auch eine räumliche Beschränkung geboten. Durch den Forschungsauftrag war der Raum Südharz/Südharz mit seinem ausgeprägten Textilgewerbe vorgegeben. Neben Göttingen (dem Standort der Forschungsinstitution) waren einige kleinere Standorte und vor allem die Stadt Osterode (Südharz) vorgesehen, wo sich im Untersuchungszeitraum eine Konzentration der Textilproduktion herausbildete. Die Quellenlage machte jedoch eine Beschränkung auf Göttingen notwendig.

1.1 Die Problematik einer historischen Schichtenanalyse

Für die Analyse der sozialen Struktur einer städtischen Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Zeitepoche müssen Kriterien gefunden werden, die für die Darstellung sowohl der vertikalen als auch zeitlichen Differenzierung relevant sind. In der modernen empirischen soziologischen Forschung werden daher aus der Vielzahl der Kombinationsmöglichkeiten als bestimmende Merkmale für die soziale Ungleichheit oder Integration durchweg der Beruf, die Bildung und das Einkommen gewählt.² Für die vor- und frühindustrielle Zeit liegen dagegen selten Daten über die Einkommensdifferenzierung einer geschlossenen Gesellschaft vor³, und ganz allgemein entziehen sich die Kriterien der sozialen Mobilität - wie Bildung und Verhaltensweisen - dem historischen Zugriff. Erst aus dem gesamten soziologischen Befund lassen sich gewisse Rückschlüsse auf die Verhaltensweisen der Individuen oder sozialer Gruppen gewinnen.

In der historischen Forschung wird aufgrund der Quellenlage vornehmlich der Beruf im weitgefaßten Sinne von Stand, Gewerbe und Erwerbstätigkeit als Unterscheidungsmerkmal zugrunde gelegt.⁴ Zur weiteren Differenzierung werden daneben vor allem die Besitz- und Vermögensverhältnisse sowie Steuerleistungen (und erst in jüngster Zeit die Einkommen) berücksichtigt.⁵ Weil der Beruf als "Synonym für Stand und Gewerbe"⁶ in den historischen Quellen nicht nur zur Kennzeichnung von Personen und Personengruppen (Familie, Haushalt) wiederkehrt, sondern auch als Grundlage für die Besteuerung herangezogen wurde, ist er schon früh nicht nur für den örtlichen, sondern ebenso für den überregionalen und zeitlichen Vergleich statistisch erfaßbar.⁷

Da außerdem eine "große internationale Übereinstimmung" über die relative Einstufung von Berufskategorien besteht⁸ und bestand, ist schließlich anhand der Steuerregister und gesetzlichen Besteuerungsgrundsätze auch eine quantifizierbare Wertung des Berufs als Statusmerkmal möglich. Der Beruf muß daher als eindeutig dominierendes Kriterium der sozialen Differenzierung auch in historischer Zeit angesehen werden. Wenn daneben weitere Faktoren - wie Besitz, Vermögen, Steuerleistung

oder gar Einkommen - herangezogen werden können, so muß in diesem Zusammenhang besonders darauf hingewiesen werden, daß zwischen diesen Kriterien oft noch ein funktionaler Zusammenhang bestand. Die Kombination dieser historisch faßbaren und statistisch quantifizierbaren Statusmerkmale für die Bewertung der sozialen Stellung des einzelnen oder von sozialen Gruppen dürfte der historischen Realität gerecht werden. Es darf allerdings nicht verkannt werden, daß diese Kriterien vorwiegend dem soziologisch-statistischen und mehr ökonomischen Bereich entstammen. Faßt man sie zu einem Schichtenmodell zusammen und gliedert die Bevölkerung hiernach, so dokumentieren Veränderungen in der Schichtzusammensetzung einen Wandel der Sozialstruktur nach vorwiegend beruflichen und institutionellen Gesichtspunkten. Indirekt lassen sich jedoch aufgrund der Interdependenzen auch Aussagen über Verhaltensänderungen gewinnen.

2. Das Quellenmaterial und die Arbeitsmethode

2.1 Die Quellen und deren Aufbereitung

Das Grundlagenmaterial⁹ für unsere Untersuchung bildeten die vollständig erhaltenen Volkszählungen aus Göttingen der Jahre 1763, 1829 und 1861. Die Auswahl der beiden ersten Jahre war durch die Quellenlage vorgegeben; 1861 wurde den nachfolgenden Zählungen von 1864 und 1867 vorgezogen, weil für dieses Jahr aus dem gesamten deutschen Zollverein ebenfalls Unterlagen für Vergleichszwecke vorliegen. Diese Zähllisten enthalten für jeden Bewohner der Stadt neben den Namen und demographischen Daten (Alter, Geschlecht, Familienstand) Angaben über dessen Stellung in Familie und Haushalt sowie den Beruf oder die Erwerbstätigkeit (zumindest des Haushaltsvorstandes). Wiederholt sind auch Bemerkungen über die Lage des Handwerks, Geschäfts oder der Familie hinzugefügt worden - besonders im negativen Sinne über die Nonvalenten, um deren Unvermögenheit für die Heranziehung zur Steuer zu begründen.¹⁰ Ergänzend konnten verschiedene Steuerregister¹¹ herangezogen werden, die Auskunft geben über den Besitz (Häuser, Land, Vieh), über Rechtstitel (Bürger- und Braurecht) und den Beruf sowie über

die Steuerleistungen der Steuerpflichtigen. Die Zählungen wurden straßenweise entsprechend den laufenden und während der gesamten Untersuchungszeit unverändert gebliebenen Hausnummern jeweils nach Revieren von verschiedenen Bürgervertretern Haus für Haus und Haushalt für Haushalt (wobei wiederum zwischen dem Hausbesitzer, 1., 2. ff. Inquilinen unterschieden wurde) vorgenommen. Da außerdem in allen Listen eine eindeutige Unterscheidung zwischen den Familienangehörigen und den familienfremden Haushaltszugehörigen getroffen wurde, waren die Familie und der Haushalt die kleinsten faßbaren sozialen Gruppen. Es erschien daher sinnvoll, für die Strukturanalyse die einzelnen Haushalte zugrunde zu legen, wobei die alleinstehenden Personen als Ein-Personen-Haushalte gezählt wurden. Unter den letzteren wurden in einigen Revierlisten auch Studenten erfasst, in anderen nicht. Überschlüssig mußten daher anfangs (1763) 2.000 und 1861 ca. 3.000 Haushaltsbögen zusammengestellt werden; nach der notwendigen Ausscheidung der Studenten blieben die in Tabelle 3 ausgewiesenen Haushalte übrig. Maximal konnten je Haushaltsvorstand (und Steuerpflichtigem) 27 (1829) bis 37 (1861) und für jedes weitere Familienmitglied bis zu 6 quantitativ vorgegebene oder qualitativ überlieferte, jedoch quantifizierbare Daten mit einem Stellenwert von 1 - 4 Ziffern erwartet werden. Bei dieser Datenmasse war von vornherein eine Auswertung über die EDV-Anlage im Rechenzentrum der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen eingeplant. Die Daten wurden daher aus den verschiedenartigen Quellen auf vorbereitete Haushaltsbögen übertragen, wobei je Haushalt entsprechend den benutzten Lochkarten 2 mal 80 Stellenwerte vorgegeben wurden.

2.2 Wertung der Statusmerkmale für die soziale Differenzierung

Wenn sich auch der Beruf als dominantes Merkmal einer sozialen Differenzierung während des behandelten Zeitraums in den zeitgenössischen Darstellungen wie in der modernen historischen Forschung heraushebt, so bedeutet seine Klassifizierung doch primär eine qualitative Aussage; jede Quantifizierung muß daher umstritten bleiben. Um dennoch die nicht direkt miteinander

der vergleichbaren Kriterien in ein Wertungsschema einfügen zu können, wurde in dieser Untersuchung die Klassifizierung der Berufe nach der leicht abgewandelten landesherrlichen "Verordnung vom 22. Julius 1817 wegen der im Königreiche (Hannover) einzuführenden Personensteuer"¹² vorgenommen: In dem Gesetz wurden sechs "Personal- oder Standesklassen" unterschieden. Die Mehrzahl der Steuerpflichtigen - und zwar alle Handwerksmeister ohne Gesellen, Tagelöhner, ungelernten Arbeiter und die meisten Witwenhaushalte¹³ - gehörten in die unterste (6.) Klasse. Eine weitere Differenzierung erschien daher sinnvoll. In Abwandlung des sehr detaillierten Gesetzkatalogs wurde daraufhin die letzte Klasse weiter untergliedert: In der 7. Klasse wurden alle Haushalte mit Berufs- und Beschäftigungskategorien zusammengefaßt, die nach weitgehend übereinstimmender Auffassung der Sozialhistoriker als typisch für die städtischen Unterschichten anzusprechen sind.¹⁴ Hiervon wurden nochmals alle diejenigen Haushalte als unterste Gruppe unterschieden und mit 0 Punkten bewertet, die in den Listen als Nonvalente ausgewiesen wurden und ihren Beruf nur noch bedingt oder überhaupt nicht mehr ausüben konnten. Für den Beruf ergab sich hiernach ein Wertungsschema von maximal 0 - 7 Punkten. Hiernach wurde jedem Haushalt entsprechend dem Beruf des Haushaltsvorstandes und der Gesellenzahl eine dieser Berufs- oder Standesklassen und die entsprechende Punktezahl zugeordnet. Für 1763 mußten die gesetzlichen Bestimmungen zurückdatiert werden; für 1829 konnten daneben zum Vergleich die Heberollen zur Personalsteuer von 1825/26 herangezogen werden. Schließlich wurden für 1861 die (seit 1859 gesetzlich Neubestimmten) Standesklassen direkt den Steuerlisten entnommen¹⁵ und nach unserer Skala entsprechend der Verordnung von 1817 mit 0 - 7 Punkten bewertet.

Von den übrigen Statusmerkmalen wurde die Steuerleistung der Haushalte entsprechend ihrer Streuung ebenfalls mit 0 - 7 Punkten bewertet; die anderen Kriterien (Zahl der Dienstboten, Besitz- und Rechtstitel sowie Besitzsteuern) fielen weniger schwer ins Gewicht und wurden entsprechend dem tatsächlichen Befund mit 0 bis maximal 3 Punkten bewertet. Einen Überblick über die herangezogenen Merkmale und deren Bewertung vermittelt

die Tabelle 1:

Tab. 1: Bewertung der Statusmerkmale nach Indexpunkten

Statusmerkmale	1763	1829	1861
Berufs- (Standes-)klasse ¹⁾	0 - 7	0 - 7	0 - 7
Kopf- ²⁾ / Kommunalsteuer ³⁾	0 - 7	- -	0 - 7
Gewerbliches Dienstpersonal ⁴⁾	- -	0 - 2	- -
Häusliche Dienstboten	0 - 3	0 - 3	0 - 3
Collekte ⁵⁾ / Schloß ⁶⁾	0 - 3	--	0 - 2
Hausbesitz	0 - 3	0 - 3	0 - 3
Land- und Viehbesitz	- -	0 - 3	- -
Bürgerrecht	- -	0 - 1	- -
Sa. Indexpunkte	0 - 23	0 - 19	0 - 22
Befund	0 - 22	0 - 17	0 - 21

1) Klassifizierung nach der Verordnung von 1817 (s.u., Anm. 12)
2) Kombinierte Vermögens- und Gewerbesteuer (1763)
3) Summe aller Kommunalsteuern und städtischen Abgaben (1861)
4) Gesellen, Lehrlinge, Handlungsgehilfen u.a. gewerbliches Dienstpersonal wurden sowohl bei der Einstufung in die Standesklasse als auch bei den Personal- u. Gewerbesteuern berücksichtigt. Wegen fehlender Steuerregister wurden sie gesondert nur für 1829 berücksichtigt.
5) Besitzsteuer (1763)
6) Städt. Abgabe für Bürger- und Braurecht (1861)

Die Bewertungsmerkmale sind für 1763 und 1861 weitgehend vergleichbar; 1829 weichen sie davon insofern ab, als Vermögens- und Gewerbesteuerlisten fehlen. Hier wurden deshalb mehr die Besitzverhältnisse berücksichtigt und außerdem die im Gewerbe des Haushaltsvorstandes tätigen und in dessen Haushalt lebenden Arbeitskräfte. Für die beiden anderen Jahre unterblieb dies, weil das gewerbliche Dienstpersonal - im Gegensatz zum häuslich-privaten - bereits bei der Einstufung in die Berufs- und Standesklassen berücksichtigt wurde und ebenso bei der Festsetzung der kommunalen (insbesondere der gewerblichen) Steuer.

Zusammenfassend bleibt hervorzuheben, daß in allen Erhebungs-

jahren dem Beruf ein bestimmender Einfluß eingeräumt wurde und dessen Bewertung einheitlich nach zeitgenössischer Einschätzung erfolgte. Außerdem bestand zwischen diesem Statusmerkmal und den übrigen Kriterien ein mehr oder weniger enger funktionaler Zusammenhang insofern, als mit steigender Gesellenzahl das berufliche Ansehen, der Umsatz und die Einkommensmöglichkeiten anstiegen, womit auch wiederum das Steuerleistungsvermögen des Betreffenden höher eingestuft wurde. Mit höherer sozialer Stellung war somit eine zunehmende Kumulierung dieser funktionalen und quantifizierbaren Merkmale zu erwarten.¹⁶

2.3 Das "Schichtenmodell"

Entsprechend der Bewertung der einzelnen Strukturmerkmale, die in Tabelle 1 zusammengefaßt worden sind, wurden jedem Haushalt die für ihn errechneten Indexpunkte zugeordnet; die Summierung dieser Punkte ergab für jeden Haushalt einen Sozialindex. Unter Berücksichtigung der Variationsbreite wurden sodann die Haushalte mit den gleichen Sozialindices zu Sozialgruppen zusammengefaßt und diese wiederum nach ihrer Stellung in der vertikalen Rangordnung der städtischen Gesellschaft gekennzeichnet (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Soziale Einstufung der Haushalte nach Indexpunkten

Sozialschicht	1763	1829	1861
Nonvalente	0 - 1	0 - 1	0
Armenhaushalte	2 - 3	2	1 - 3
Unterschicht	0 - 3	0 - 2	0 - 3
Untere Mittelschicht	4 - 8	3 - 6	4 - 8
Obere Mittelschicht	9 - 12	7 - 10	9 - 13
Mittelschicht	4 - 12	3 - 10	4 - 13
Oberschicht	13 - 22	11 - 17	14 - 21

Da für die drei Erhebungsjahre nicht immer die gleichen Statusmerkmale herangezogen werden konnten, ist ein direkter Zeitvergleich der nach diesem Modell definierten Schichten nur bedingt möglich; er bedarf einer Ergänzung, indem die Stellung der einzelnen Schichten und Haushalte innerhalb der Gesellschaft in den betreffenden Jahren berücksichtigt wird. Bei der Abgrenzung der Gruppen wurde daher besonders darauf geachtet, daß die zu einer Schicht zusammengefaßten Einzelhaushalte möglichst gleichartige Statusmerkmale aufwiesen. Nur in bestimmten und insgesamt wenigen Fällen wurde bei dem Vergleich des gesamten Befunds von dem Grundsatz abgewichen, daß für die Zuordnung in eine Indexgruppe nur die in den Quellen vorgefundenen Kriterien berücksichtigt werden sollten; dies geschah dann, wenn sich herausstellte, daß bei mittlerer oder gar hoher Steuerleistung und bei bestimmten Besitz- und Einkommensverhältnissen der betreffende Haushaltsvorstand wegen fehlender Berufsangabe in keine Standesklasse eingeordnet werden konnte. Für den Beruf wurde dann die gleiche Punktzahl vergeben, wie für die Steuerleistung.¹⁷

Für die einzelnen Schichten waren folgende Merkmale kennzeichnend: Die Unterschicht wurde untergliedert in die Nonvalenten und Armenhaushalte. Die ersten waren - wie der Name besagt - so schlecht gestellt, daß sie weder Steuern zahlen, noch Besitz, das Bürgerrecht oder gar Vermögen erwerben konnten; sie hatten durchweg keine Berufsausbildung genossen, waren ohne Arbeit oder standen als Ungelernte in abhängigen und völlig ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Für die übrige unterbürgerliche Schicht war ebenfalls kennzeichnend, daß diese Haushalte durchweg keinen Besitz aufzuweisen hatten und kein Dienstpersonal beschäftigen konnten. Wenn der eine oder andere Haushalt tatsächlich ein Haus oder eine "Bude" besaß und aus diesem Grunde sogar das Bürgerrecht erworben hatte, oder wenn ein Witwer eine Haushälterin oder Magd in seinen Haushalt aufgenommen hatte (und vielleicht sogar bezahlen konnte), so waren sie dennoch im Hinblick auf die übrigen Merkmale der Unterschicht zuzuordnen: Sie bezahlten durchweg keine Steuern oder gehörten zumindest den untersten Steuerklassen und in jedem Fall den untersten Berufsgruppen an. Das Bürgerrecht hatte kaum jemand erworben und nicht einer das Braurecht.

Die eigentliche und umfangreiche städtische Mittelschicht, die weitgehend das mittelständische Gewerbe mit Einschluß des städtischen Dienstleistungsgewerbes repräsentierte, konnte entsprechend den herangezogenen Kriterien ebenfalls in zwei Gruppen unterteilt werden: Die Zugehörigen zur unteren Mittelklasse waren als Handwerker durchweg selbständig, ein Teil von ihnen beschäftigte auch Gesellen oder andere gewerbliche Hilfskräfte, besaß z.T. ein Haus und das Bürgerrecht, auch schon gelegentlich Garten- oder Feldland, aber selten die Brauereigerechtsame. Häusliches Dienstpersonal war bei ihnen seltener anzutreffen, und durchweg gehörten sie den unteren Steuerklassen sowie den unteren bis mittleren Berufsgruppen an. Die obere Mittelschicht wurde verkörpert durch das städtische Besitzbürgertum. Die alteingesessenen Bürgerfamilien besaßen zumeist ein Brauhaus¹⁸ mit etwas Garten- oder gar Ackerland. In ihren Haushalten lebte überdurchschnittlich häufig eine familienfremde Arbeitskraft, und insgesamt gehörten die Familien den mittleren Berufs- und Steuerklassen an.

Die Oberschicht hob sich von den übrigen Bürgern durch ihren Besitz und ihre Vermögensverhältnisse ab. In ihrem Hause hielt sie zumeist ein bis zwei häusliche oder gewerbliche Dienstboten; sie besaß, wenn man von einigen (keineswegs allen) Akademikerfamilien und Beamten absieht - durchweg das Bürgerrecht und häufig die Braugerechtsame. Entsprechend ihrer abgehobenen Stellung gehörte sie durchweg den oberen Berufs- und Steuerklassen an.

Die nach ihrem Sozialindex zu Gruppen zusammengefaßten Haushalte können somit wegen dieser gemeinsamen Merkmale als "Schichten" im soziologischen Sinne angesehen werden.

3. Diskussion ausgewählter Ergebnisse

3.1 Die Berufs- und Erwerbsstruktur der Göttinger Bevölkerung

Legt man die Zahl der Haushalte (Betriebe) zugrunde, so waren trotz starker Bevölkerungszunahme die Verschiebungen zwischen den Berufen und in der Erwerbstätigkeit nicht erheblich. Der

primäre Sektor war in Göttingen stets schwach vertreten; nach der Zahl der Haushalte, die u.a. von der Land- und Forstwirtschaft, von Gartenbau und Fischerei lebten, nahm dieser Sektor in dem behandelten Jahrhundert zwar leicht zu, sein Anteil ging jedoch von 3.5 auf 2.9 v.H. aller Haushalte zurück. Mit weniger als 1 v.H. aller Haushalte ist in diesem Wirtschaftszweig der Anteil der hauptberuflichen Landwirte erstaunlich niedrig. Obwohl über 400 Einwohner der Stadt mehr als 1 Morgen (= 2.621 m²) Garten-, Wiesen- und/oder Ackerland in der Göttinger Feldmark besaßen¹⁹, erschienen in den Einwohnerlisten lediglich 14 (1763) bis 21 (1861) Landwirte oder Agrarökonomten (inklusive der zwei Verwalter der beiden größten Agrarbetriebe der Stadt, nämlich des "Geisthofes" St. Spiritus und der "Commende", die als Stiftungen vom Magistrat verwaltet wurden). Ein großer Teil der Einwohner (etwa ein Viertel bis ein Drittel) betrieben neben ihrem Beruf noch Landwirtschaft oder bearbeiteten zumindest ein Stück Garten oder Ackerland.

Obwohl Handwerk und produzierendes Gewerbe zwischen 1763 und 1861 absolut um 41 v.H. zunahmen, ging deren Anteil relativ von 45 auf 38 v.H. aller Haushalte zurück. Dabei behauptete das Textilgewerbe mit rund einem Drittel aller Gewerbebetriebe des sekundären Sektors seine überragende Bedeutung. Den relativ stärksten Rückgang hatte das Nahrungsgewerbe zu verzeichnen; insbesondere blieb die Zahl der Bäcker und Metzger praktisch konstant, wobei die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Gesellen und Lehrlinge zunahm. Dagegen war der Zuwachs im Bau- und Bekleidungsgewerbe stärker als der aller Haushalte; hier wiederum vermehrte sich unter allen Handwerksmeistern die Zahl der Schneider und Schuster am stärksten. Mit einer Steigerung von 8.3 (1763) und 9.3 (1829) auf 11.8 je 1.000 Einwohner war deren Zuwachs deutlich stärker als der der Gesamtbevölkerung.

Bei einem Vergleich der drei Wirtschaftssektoren wies der tertiäre den relativ stärksten Zuwachs auf. Dabei fällt zwischen 1763 und 1829 der Ausbau der Universität besonders ins Gewicht. Der Anteil der an der Universität beschäftigten Haushaltsvorstände stieg in dieser Zeit von 3.4 auf 5.5 und bis

1861 dann nur noch auf 5.8 v.H. an. Eine wesentliche Ursache hierfür war ohne Frage die ansteigende Zahl der Studierenden, die in den Semestern die einheimische Bevölkerung um rund 10 v.H. vermehrte.²⁰ Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts waren es - langsam abnehmend - 11 bis 8 v.H.; nach 1817 stieg deren Anteil bis 1825 von 9 auf 15 v.H. steil an, sank dann jedoch und ganz besonders stark nach den revolutionären Unruhen von 1831 und 1837 bis zum Ausgang unseres Untersuchungszeitraumes auf 6 v.H. ab.

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts bewirkte der industrielle Aufschwung Deutschlands einen Ausbau des Verkehrsgewerbes, was sich für Göttingen in einer Vermehrung des Transportgewerbes zunächst für den Straßenverkehr und seit Mitte des Jahrhunderts durch die Anbindung an das Eisenbahnnetz zum Norden (nach Hannover) und Süden (nach Kassel) auswirkte.²¹ Innerhalb der Berufsstruktur nahmen die bei der Bahn Beschäftigten 1861 einen Anteil von 5.7 v.H. aller Haushalte ein; neben verschiedenen Beamten und spezialisierten technischen Angestellten waren 79 v.H. von ihnen als Arbeiter bei der Bahn angestellt.

Die keinem bestimmten Gewerbebezweig zuzuordnenden ungelernten Arbeiter hatten einen Rückgang von 11 auf 8 v.H. aller Haushalte zu verzeichnen. Dabei ging die Zahl der Tagelöhner sogar auf die Hälfte zurück, während 1861 als neue soziale Gruppe die "Handarbeiter" in großer Zahl hinzukamen. Überhaupt nahmen die männlichen Einwohner und Familienväter, die sich Arbeiter nannten, am Ende unseres Untersuchungszeitraumes erheblich zu. Ob sich diese Schicht in zunehmendem Maße ihrer Lage in einer sich wandelnden Gesellschaft bewußt wurde oder ob die Übernahme von Berufsbezeichnungen, die in dieser Zeit durchaus in der Öffentlichkeit diskutiert wurden²², auf Instruktionen des Magistrats oder der Landesbehörden zurückzuführen ist, muß dahingestellt bleiben. Im Zusammenhang damit sind die Zunahme des tertiären Sektors sowie die fortschreitende Durchdringung aller Lebensbereiche durch die staatliche Administration als Indikatoren für die Modernisierung und eine sich entwickelnde Industrialisierung zu sehen. Aus der zunehmenden Verbreitung der Berufsbezeichnung "Arbeiter" kann abgeleitet werden, daß diese auch in Göttingen zu beobachtende Erscheinung einen

Wandel im Bewußtsein und in den Verhaltensweisen der unteren Schichten dokumentiert.

3.2 Die Haushaltsstruktur

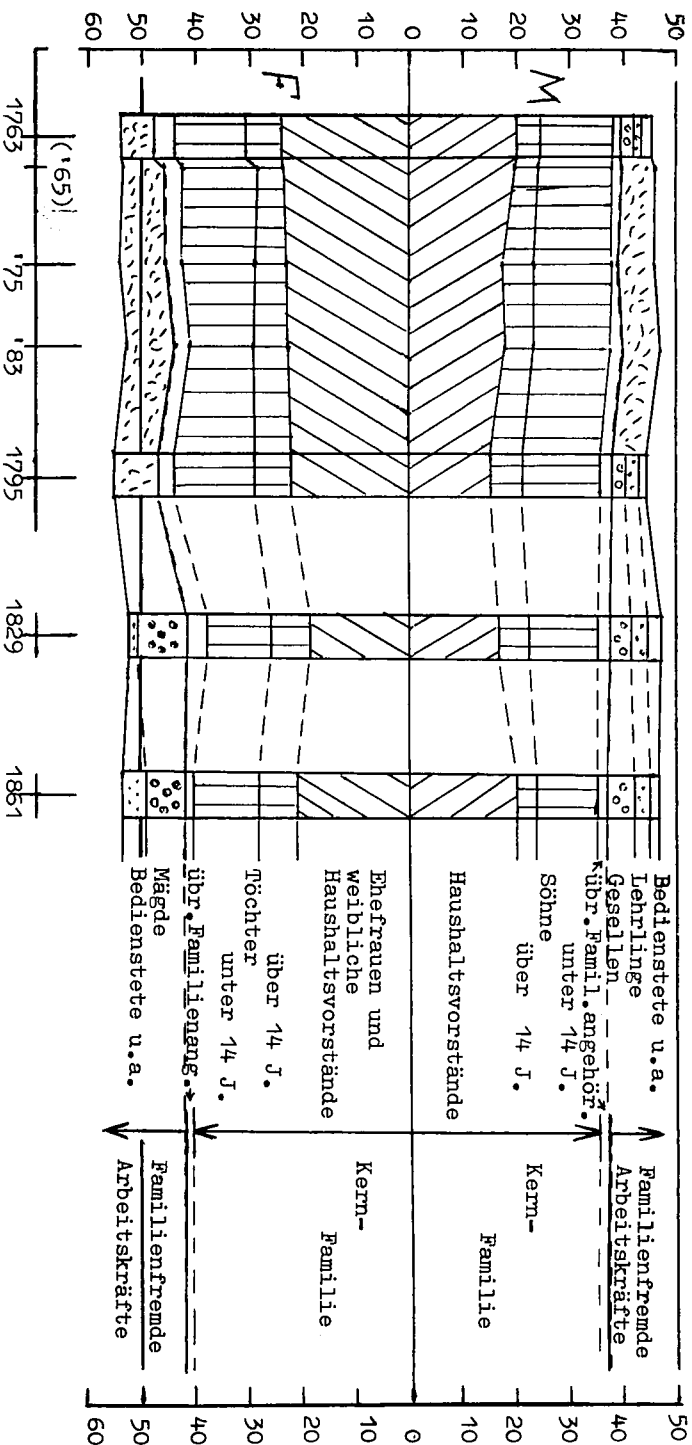
Die Haushaltsstrukturen blieben in Göttingen während des gesamten Untersuchungszeitraumes relativ konstant. (vgl. Abb. 1)

Nach der Zahl der Personen herrschten die Drei- bis Fünfpersonen-Haushalte vor. Sie wurden durch die Kernfamilie (Eltern und Kinder) geprägt. In diesem engen Familienbereich lebten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts drei Viertel der Göttinger Bevölkerung; in dem Ausnahmejahr 1763 waren es sogar 83 v.H. der Stadtbewohner.²³ Die Zahl der Kinder je Haushalt blieb klein, im Durchschnitt aller Göttinger Haushalte waren es 1.42 bis 1.76. Familien mit einer zahlreichen Kinderschar waren noch recht selten; dies gilt ganz besonders auch für die Arbeiterfamilien und die unterbürgerlichen Schichten. Hervorzuheben bleibt für diese Haushalte, daß in ihnen kaum Kinder über 14 Jahren lebten. Wir müssen wohl davon ausgehen, daß hier die Kindersterblichkeit größer war als in den wohlhabenderen Familien. Darüber hinaus gaben die armen Familien offenbar schon früh ihre Söhne und Töchter als Dienstboten (Kinder- und Küchenmädchen, Laufburschen u.a.) in andere Haushalte, um ihren eigenen dürftigen Haushaltsetat zu entlasten.

Zur erweiterten Familie gehörten noch Verwandte, deren Anteil jedoch lediglich 3 - 5 v.H. der Einwohner betrug. Diese Familienmitglieder verteilten sich nach ihrem Verwandtschaftsverhältnis zum Haushaltsvorstand über die ganze Skalenbreite der möglichen Verbindungen (vom Großneffen, von der Nichte und Schwägerin bis zu den Eltern, Onkeln und Tanten); etwa zwei Drittel von ihnen waren Frauen. Dreigenerationenhaushalte, in denen neben dem Familienoberhaupt mindestens ein eigenes Kind und ein Großelternteil zusammenlebten, gab es im Untersuchungszeitraum nur ganz wenige - aus dem einfachen Grunde, weil die Lebenserwartung offenbar noch recht gering, das Heiratsalter dagegen relativ hoch war.²⁴

Struktur der Göttinger Bevölkerung nach Geschlecht und Stellung im Haushalt

1763 - 1861 (in v.H. aller Einwohner)



In vielen bürgerlichen Haushalten wurde die Familiengemeinschaft erweitert durch die Einstellung einer familienfremden Arbeitskraft. Unter ihnen übertrafen in Göttingen die weiblichen Dienstboten (vorwiegend Mägde) die männlichen relativ um 15 - 20 v.H. Dieser Frauenüberschuß im Dienstbotenbereich war größer als er allgemein in den Städten zu dieser Zeit anzutreffen war. In Göttingen selbst betrug er im 18./19. Jahrhundert - bezogen auf die Gesamtbevölkerung (= 100) - 3 und 6 v.H.. Anders betrachtet lebten in diesem Zeitraum - hier bezogen auf die männlichen Einwohner - 10-12 v.H. mehr Frauen in Göttingen als Männer (in dem außergewöhnlichen Nachkriegsjahr 1763 waren es dagegen 20,3 v.H.). Diese familienfremden, dienstrechtlich gebundenen und ledigen Personen lebten in den Haushalten der mittelständischen und vermögenden Familien, sie wurden hier zu den häuslichen Arbeiten herangezogen oder im Gewerbe des Haushaltsvorstandes beschäftigt und vorwiegend natural durch Gewährung von Nahrung und Wohnraum entlohnt. Zusätzlich erhielten sie einen niedrigen Geldlohn. Die Beschäftigung von gewerblichen Hilfskräften erhöhte den Umsatz und im allgemeinen auch das Einkommen des Betriebsinhabers oder ermöglichte einer Witwe überhaupt erst die Fortführung des vom Ehemann übernommenen Betriebes. Ein Handwerk mit mehreren Beschäftigten hob ebenso wie das Vermögen, privates Dienstpersonal zu beschäftigen, das Ansehen einer Familie. Aus dieser Erkenntnis heraus dient in der sozialhistorischen Forschung der "Bedienstetenindex" als Indikator für den sozialen Status einer Bezugsperson oder -gruppe.²⁵

3.3 Der Dienstbotenindex

In Göttingen kam in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf jeden Haushalt, am Ende des Siebenjährigen Krieges (1763) dagegen nur noch auf jeden zweiten eine familienfremde, dienstrechtlich jedoch an den Hausherrn gebundene Person. Nach dem Dienstbotenindex, worunter die Zahl des gewerblichen und häuslichen familienfremden Dienstpersonals je 100 Haushalte verstanden wird, waren es zwischen 1829 und 1861 - leicht abneh-

mend - 92 und 89, dagegen finden sich 1763 in Göttingen nur 47 familienfremde Arbeitskräfte in jeweils 100 Haushalten. Diese Sozialgruppe war ungleich auf die Haushalte verteilt. Wie aus dem Vergleich von Dienstbotenindex und Sozialindex der Abbildung 2 (s. weiter unten) hervorgeht, konnten sich die unteren Schichten keine Dienstboten leisten. In der unteren Mittelklasse lag der Dienstbotenindex unter dem städtischen Durchschnitt und schwankte um 50. In den Haushalten der oberen Mittelschicht war durchweg mindestens ein Dienstbote anzutreffen; häufig waren es schon 2 oder wie in den meisten Familien der Oberschicht sogar mehr gewerbliche oder häusliche nicht-familiäre Arbeitskräfte.

Die Tendenz, daß mit zunehmendem Ansehen auch der Dienstbotenindex einer Sozialgruppe anstieg, ist unverkennbar. Auf eine Sozialgruppe angewandt bleibt daher der Dienstbotenindex auch für die frühindustrielle Zeit im allgemeinen ein bedeutsamer Indikator für das soziale Prestige und die wirtschaftliche Lage der Haushalte. Dies gilt insbesondere auch für Göttingen und andere Mittelstädte, wo zum großen Teil Haushalt und Gewerbebetrieb noch eine Einheit bildeten.

3.4 Der Wandel in der sozialen Schichtung zwischen 1763 und 1861

Wenn bei der Schichtenanalyse der städtischen Gesellschaft Göttingens der Haushalt als soziale Bezugsgröße dient, wird damit unterstellt, daß die Familienangehörigen der ermittelten Sozialgruppe des Familienoberhaupts zugeordnet werden können und daß sie ihrer spezifischen Rolle in der Familie gerecht wurden. Für den Untersuchungszeitraum erscheint diese Zuordnung unbedenklich, weil die Bindungen an die Familie noch sehr eng waren und in den meisten bürgerlichen Haushalten das Unternehmen und Handwerk (Beruf) vom Vater auf den Sohn vererbt wurden. Ordnet man jetzt die Familienangehörigen der Sozialgruppe des Hausherrn zu und sondert die in diesen Haushalten lebenden familienfremden und abhängigen Arbeitskräfte (Dienstboten) als eine spezielle Sozialgruppe aus, so ergibt sich nach den Kriterien der Tabellen 1 und 2 folgende soziale Schichtung in den Erhebungsjahren ²⁶;

Tab. 3: Soziale Schichtung der Göttinger Bevölkerung 1763-1861
(in v.H. aller Einwohner)

Sozialschichtung	1763	1829	1861
Dienstpersonal	12,6	20,3	21,6
Nonvalente	8,2	16,9	16,8
Armenhaushalte	21,3	10,3	17,9
-----	-----	-----	-----
Unterschicht	42,1	47,5	56,3
-----	-----	-----	-----
Untere MS	31,8	31,9	22,4
Obere MS	16,9	15,9	14,2
-----	-----	-----	-----
Mittelschicht (MS)	48,7	47,8	36,6
-----	-----	-----	-----
Oberschicht	9,2	4,7	7,1
-----	-----	-----	-----
Einwohner (= 100)	5997	10252	11147
-----	-----	-----	-----
Personen je Haushalt	3,68	4,54	4,10
-----	-----	-----	-----
Dienstboten je 100 Haushalte	46,4	92,2	88,6

Wie zu erwarten war, strömten nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges neben zahlreichen unter- und mittelbürgerlichen Familien überproportional viele Dienstboten in die Stadt. Deren Anteil stieg dadurch wiederum auf gut ein Fünftel der Bevölkerung an, was auch in anderen Städten beobachtet werden konnte.²⁷

Innerhalb der Unterschicht ist eine überproportional starke Zunahme der gänzlich vermögenslosen Einwohner festzustellen. Insgesamt stieg im Untersuchungszeitraum der Anteil der Unterschicht an der Gesamtbevölkerung von zwei Fünfteln auf über die Hälfte. Dieser Strukturwandel erfolgte zwischen 1829 und 1863.

In der Mittelschicht waren während des gesamten Untersuchungszeitraumes die Haushalte mit einem niedrigen Sozialindex am stärksten vertreten. Die leichten Verschiebungen im Verhältnis der unteren zur oberen Mittelschicht zugunsten der oberen mag quellenbedingt sein, andererseits ist zwischen 1829 und 1861 jedoch die Tendenz zu einer stärkeren Polarisierung der Gesell-

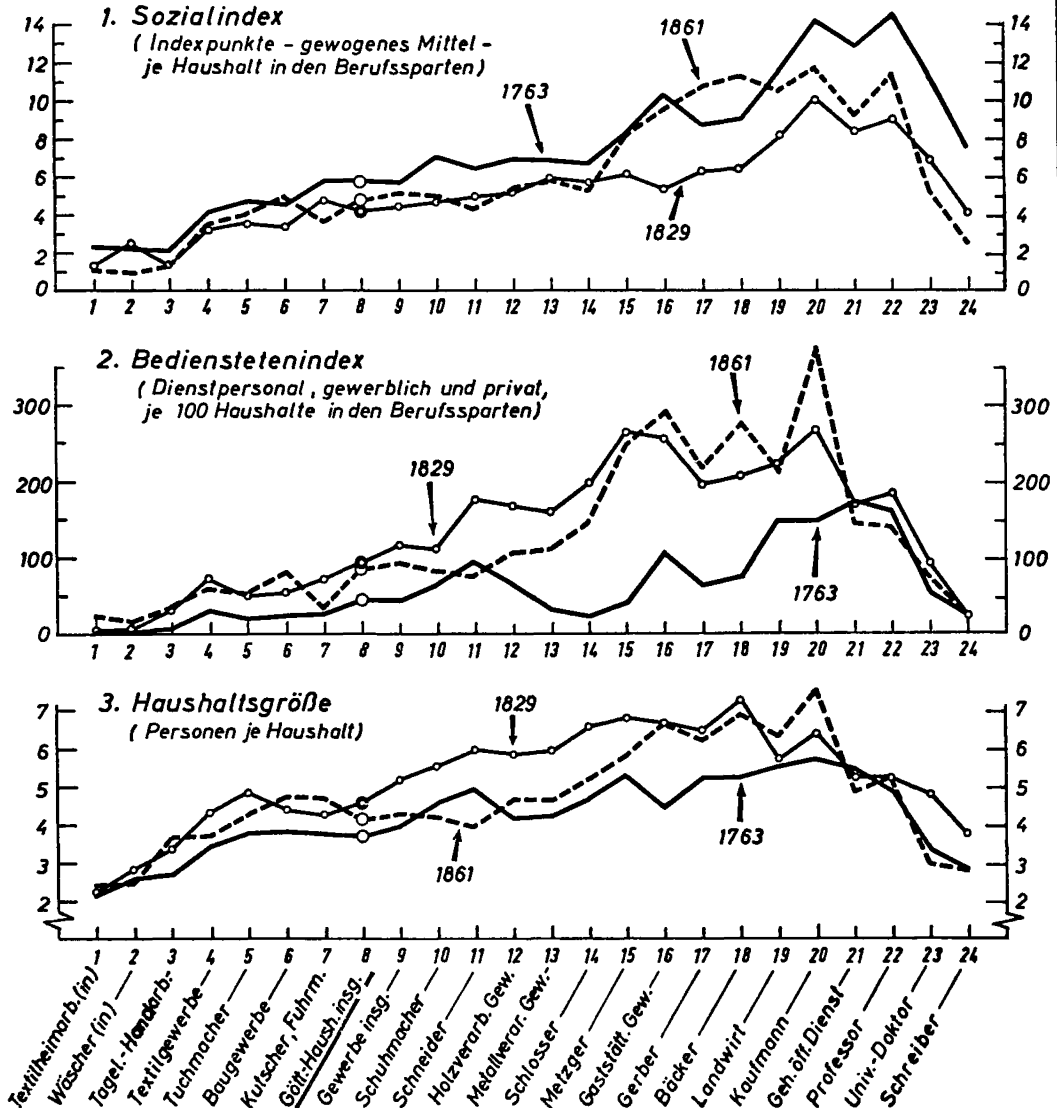
schaft unverkennbar. Daraus darf gefolgert werden, daß sich die Kluft zwischen den Wohlhabenden und Unvermögenden vergrößerte.

Wenn auf diesen Befund auch quellenbedingte und davon abhängige methodische Unzulänglichkeiten einwirken, dürfte darin wohl die Begründung für die unterschiedliche Entwicklung der Oberschicht liegen: Zwischen 1763 und 1829 blieb die Zahl dieser Haushalte ziemlich konstant. Der starke Zuzug in die Stadt, deren Einwohnerzahl sich im ersten Untersuchungsabschnitt von rund 6.000 auf über 10.000 erhöhte, hatte somit einen relativen Rückgang der Oberschicht zur Folge. Den wirtschaftlichen Aufschwung im zweiten Quartal und zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nutzten wiederum viele Haushalte, um ihre Position in Wirtschaft und Gesellschaft der Stadt zu stärken, so daß sie in die Oberschicht aufstiegen. Insgesamt dürfte die sich aus der Tabelle 3 ergebende Tendenz eines leichten relativen Rückganges der Oberschicht im Untersuchungszeitraum zutreffen. Die besonderen Kennzeichen der in Tabelle 3 ausgewiesenen Schichten sind entsprechend der angewandten Methode ein Spiegelbild der in den Tabellen 1 und 2 zugrunde gelegten Kriterien und wurden oben bereits erörtert. Da dem Beruf ein besonderer Stellenwert eingeräumt wurde und weil die Frage nach der Zugehörigkeit zu den einzelnen Sozialschichten weitgehend mit der Aufzählung der darin vertretenen Berufe beantwortet wird²⁸, wurden in Abbildung 2 ausgewählte Berufe, die in Göttingen in den betreffenden Sozialgruppen besonders stark vertreten waren, nach ihrem mittleren Sozialindex zusammengestellt (vgl. Abb. 2).

Zur Kennzeichnung der Situation in den einzelnen Berufssparten wurden nur drei Kriterien aufgenommen, zumal in der Sozialindexkurve die verschiedenen Statusmerkmale kumulierten. So wie hier graphisch festgehalten worden ist, ergaben die ausführlichen statistischen Auswertungen, daß die ungelernten Arbeiter und Heimarbeiterinnen, die vorwiegend in der Textilbranche beschäftigt waren, sowie Witwen und Frauen, die vor allem Beschäftigung im häuslichen Bereich (Flicken, Nähen, Waschen) fanden, durchweg den unteren Schichten zuzuordnen sind. Daher war auch allgemein die Lage im Textilgewerbe augen-

Abb. 2

Sozialstruktur ausgewählter Göttinger Berufe 1763 - 1829 - 1861



fällig schlechter als in den anderen Erwerbszweigen. Eine relativ günstige Zuordnung ergab sich dabei allerdings für die Schneider und mit Abstand auch für die Schuhmacher, die offenbar für den gehobenen Beruf der verhältnismäßig zahlungskräftigen Studenten arbeiteten. Deutlich wird auch die relativ günstige Stellung des Nahrungsmittelgewerbes (Metzger, Bäcker) und die hohe Einschätzung des Besitzbürgertums (Ackerbürger und Kaufleute) sowie der Akademiker dokumentiert. Abschließend kann festgestellt werden, daß die vertikale Schichtung der Berufe in Göttingen mit der allgemeinen Einschätzung²⁹ übereinstimmt. Göttingen ist somit im Vergleich mit anderen Mittel- und Großstädten keineswegs als ein exceptionelles Beispiel anzusehen, auch wenn hier der tertiäre Sektor relativ stark vertreten war.

Anmerkungen:

- 1 Die Erhebungen im Archiv der Stadt Göttingen (im folgenden abgekürzt: AStGö) wurden mit einer Zahl von Studenten durchgeführt, die als wiss. Hilfskräfte mit Mitteln der DFG entlohnt wurden. An der Konzipierung des Projekts und der Erhebungsbögen waren neben den Kollegen des Instituts vor allem die Herren Reinhard Immenkötter und Burkhard Sachse beteiligt. Letzterer hat in Zusammenarbeit mit Herrn Horst Neumeister, der als Programmierer und Operator die EDV-Auswertung im Rechenzentrum der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen überwachte, die ersten Ergebnisse aufbereitet (u. zwar von 1763 und 1829); die Erhebung und Auswertung der Daten von 1861 lag im wesentlichen in den Händen von Herrn Wieland Sachse. Allen Mitarbeitern möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aussprechen für die Sorgfalt und Zuverlässigkeit, die sie für dieses Projekt aufgewendet haben. Ebenso fühle ich mich den Damen und Herren im Archiv der Stadt Göttingen zu Dank verpflichtet, ganz besonders dem derzeitigen Direktor des Archivs, Herrn Dr. Nissen, der uns großzügig unterstützt hat.
- 2 Scheuch, E.K., Daheim, H., Sozialprestige und soziale Schichtung, in: KZfSS, Sonderheft 5 (1961), S. 63-103; Bolte, K.M., Einige Anmerkungen zur Problematik der Analyse von "Schichtungen" in sozialen Systemen (1961), in: Seidel, B. und Jenkner, S. (Hgg.), Klassenbildung und Sozialschichtung (Wege der Forschung, 87), Darmstadt 1968, S. 367 ff; Fisch, H., Gesellschaft (Fischer-Kolleg 11: Sozialwissenschaften), Frankfurt a.M. 1973, S. 40 ff; Wiehn, E.R., Soziale Schichtung, in: Wiehn, E.R. und Mayer, K.U., Soziale Schichtung und Mobilität. Eine kritische Einführung (Beck'sche Schwarze

Reihe, 132) München 1975, S. 9 ff.

- 3 Eberhardt, H., Goethes Umwelt. Forschungen zur gesellschaftlichen Struktur Thüringens (Thüringer Archivstud. I), Weimar 1951; Quandt, S., Sozialgeschichte der Stadt Langenberg und der Landgemeinde Hardenberg-Neviges unter besonderer Berücksichtigung der Periode 1850 bis 1914 (Berg. Forschungen, 9), Neustadt a.d. Aisch 1971; Alberg, H.R., Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Stadt Trier von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, Phil. Diss., Bonn 1972; Krümmer, H., Die Wirtschafts- und Sozialstruktur von Konstanz in der Zeit von 1806 bis 1850 (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, 19), Sigmaringen 1973; vgl. Schwabe, H., Das Verhältnis von Miethe und Einkommen in Berlin (Berlin und seine Entwicklung. Gemeinde-Kalender u. städt. Jahrbuch, 2), Berlin 1868 und Engel, E., Die Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer und die Einkommensverteilung im preußischen Staat in den Jahren 1852 bis 1875 (Z.d.Kgl. Preuß. statist. Bureaus, 15, 1875)
- 4 Zorn, W., Art. 19, Sozialgeschichte 1500-1648, in: Hdb. d.dt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 484; Winter, H., Die Rolle der Ökonomie in der politischen Bildung, Diss., Frankfurt/Main 1970, S. 39.
- 5 Ayçoberry, P., Probleme der Sozialgeschichte in Köln im Zeitalter der Frühindustrialisierung, in: Fischer, W. (Hg.), Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung (Einzelveröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, 1) Berlin 1968, S. 512 ff; Köllmann, W., Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, S. 94 ff; Meibeyer, W., Bevölkerungs- und sozialgeographische Differenzierung der Stadt Braunschweig um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Braunschweig. Jb., 47 (1966), S. 125 ff.; Momsen, I.E., Die Bevölkerung Husums von 1769 bis 1860 (Schriften d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel, 31), Kiel 1969, S. 114 ff; Monz, H., Karl Marx, Grundlagen der Entwicklung von Leben und Werk, 2. Aufl., Trier 1973, S. 73 ff.
- 6 Winter, H., Ökonomie, S. 39.
- 7 Maschke, E., Mittelschichten in den deutschen Städten des Mittelalters, in: Maschke, E. u. Sydow, J. (Hgg.), Städtische Mittelschichten (Veröff. d. Komm. f. Geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg, Bd. 69), Stuttgart 1972, S. 2 ff., insbesondere S. 8.
- 8 Lipset, S.M. u. Zetterberg, H.L., Eine Theorie der sozialen Mobilität (Wege der Forschung, 87), Darmstadt 1968, S. 332.
- 9 AStGö: Altes Akten Archiv, Zählungen, Volkszählungen Nr. 6 a (1763), 10 (1829) u. 12 (1861). Göttingen gehörte neben

der einzigen Großstadt Hannover im 19. Jahrhundert zu den 6 bis 7 größten Städten des Königreichs Hannover (vgl. Uelschen, G., Die Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen, in: Veröff. d. Provinzial-Inst. f. Landesplanung u. Volksforschung, Reihe B. 3, Oldenburg 1942, S. 7 ff.); nach der zeitgenössischen Klassifizierung von Viehbahn, G., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, 2. Teil, Berlin 1862, S. 149 ist Göttingen mit über 10.000 Einwohnern - womit das "eigentlich Großstädtische" erst anfang (S. 149) - unter den 2.139 deutschen Städten sogar den Großstädten zuzurechnen; vgl. Stand, Entwicklung und Siedlungsweise der Bevölkerung des Deutschen Reiches (Statistik d. Dt. Reichs, NF. 451. 1, Berlin 1935, S. 35 ff).

- 10 Die in den einzelnen Haushalten (Familien) lebenden Personen wurden gemäß landesherrlicher Verordnungen auf vorgedruckten Zähllisten erfaßt, die nach Hannover eingeschickt wurden. Ob es sich bei den in Göttingen erhalten gebliebenen Listen um Zweitausfertigungen handelt oder um zurückgesandte Originale, konnte nicht festgestellt werden. Nach schriftlicher Auskunft des Niedersächsischen Staatsarchivs Hannover sind dort die Urlisten nicht deponiert.
- 11 AStGö: Altes Akten Archiv, Abgaben Steuern: Klassensteuern Nr. 1-3; Personal-, Einkommen- u. Gewerbesteuer Nr. 2-3a; Kopf- und Vermögensteuer Nr. 4; Amtsbücher, Kämmererei: Collectentabellen 1763/64; Klassensteuer-Rolle von 1861; Amtsbücher, Herrschaftsbereich: Grundsteuerrolle für die Kommune Göttingen (Grundsteuer-Heberolle) von 1861.
- 12 Veröff. in der Beilage zum 75. Stück der Hannov. Anzeigen vom Jahre 1817, S. 1-17; AStGö: Altes Akten Archiv; Abgaben Steuern; Acta "Classification der Gewerbetreibenden zur Gewerbesteuer nach alphabetischer Ordnung".
- 13 Setzte eine Witwe das Gewerbe ihres verstorbenen Mannes fort, so wurde sie eine Klasse niedriger eingestuft.
- 14 Maschke, E., Die Unterschichten der mittelalterlichen Städte Deutschlands, in: Maschke, E. u. Sydow, J., Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Baden Württemberg, 41) Stuttgart 1967, S. 11 ff.
- 15 AStGö: Amtsbücher, Klassensteuerrolle von 1861. In Göttingen waren die Klassen 1 (unterste) bis 14 besetzt.
- 16 Daß dieses weitgehend zutraf, geht unten anschaulich aus Abbildung 2 hervor.
- 17 Die umgekehrte Methode brauchte nicht angewandt zu werden, denn Haushalte, die den Standesklassen mit 2 und mehr Punkten zuzuordnen waren, fanden sich auch in den Steuerlisten und Besitzverzeichnissen wieder.

- 18 In Göttingen gab es nach den "Jahrtafel(n) von dem Zustande der Stadt und Bürgerschaft zu Göttingen", die vorweg in den Kammereiregistern eingebunden sind, 424 Brauhäuser (vgl. ASTGö: Kammerei-Register 1750-1865). Die auf ihnen ruhenden Braurechte durften allerdings nicht in den Häusern selbst genutzt werden, sondern berechtigten die "Brauer" lediglich zum Brauen im städtischen Brauhaus durch den von der Stadt angestellten Braumeister auf eigene Rechnung. Hauptberuflich gab es in Göttingen auch nur 1-2 Bierbrauer.
- 19 ASTGö: Altes Akten Archiv, Zählungen, Volkszählungen Nr. 20, Acta "Statistische Nachrichten 1820-1862", hier: Auszug aus der Grundsteuer-Mutterrolle der Stadt Göttingen von 1850.
- 20 Archiv der Universität Göttingen: Logierlisten der Studenten 1750-1866.
- 21 Die Nordverbindung wurde 1854 offiziell mit der Einweihung des Bahnhofs eröffnet, die Südverbindung 3 Jahre später.
- 22 Neben unzähligen zeitgenössischen Schriften mag hier der Hinweis auf all die Artikel in der "Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik" (1. u. 2. Jg. Berlin 1847 f.) genügen, die die damals viel gebrauchte Wendung "handarbeitende Klasse" in ihren Titel aufgenommen haben.
- 23 1763 war ein außergewöhnliches Jahr: Am Ende des Siebenjährigen Krieges fehlten im Vergleich mit der Volkszählung von 1756 in Göttingen 1.500 Personen, davon allein 1.000 Männer im Alter von 15 bis 45 Jahren und etwa 500 Frauen (davon über ein Drittel Mägde). Es hatten zwar auch einige Familien Göttingen verlassen, der weitaus größte Fehlbetrag ergab sich jedoch dadurch, daß Familienangehörige (insbesondere im wehrfähigen Alter) nicht erfaßt wurden und Gesindearbeitskräfte (Dienstboten) wegblieben. 1763 kamen daher auf 1 Haushalt nur 3,68 Personen; 1829 waren es 4,55 und 1861, wiederum abnehmend, 4,10 Mitglieder je Haushalt.
- 24 Armengaud, A., Die Bevölkerung Europas von 1700 bis 1914 (Bevölkerungsgeschichte Europas, Mittelalter bis Neuzeit, in: Serie Piper), München 1971, S. 149 ff.
- 25 Kunze, E., Wandlungen der sozialökonomischen Struktur zweier historischer Städte in Österreich (Krems und Stein), in: Helczmanovski, H. (Hg.), Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs, München 1973, S. 344.
- 26 ASTGö: Altes Akten Archiv, Zählungen; Volkszählungen Nr. 6a, 10 u. 12; Altes Akten Archiv, Abgaben, Steuern: Klassensteuern Nr. 1-3; Personal-, Einkommen- u. Gewerbesteuer Nr. 2-3a; Kopf- und Vermögensteuer Nr. 4; Amtsbücher, Kammerei: Collectantabellen 1763/64; Klassensteuerrolle von 1861; Amtsbücher, Herrschaftsbereich; Grundsteuerrolle für die Kommune Göttingen (Grundsteuer-Heberolle) von 1861.

- 27 Mauersberg, H., Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentral-europäischer Städte in neuerer Zeit, Göttingen 1960, S. 145; Monz, Marx, S. 74 f.
- 28 Momsen, J.W., Husum, S. 114 ff.; Alberg, Trier, S. 238 ff.
- 29 Vgl. Lipset, Theorie.